Kiel

Dienstvereinbarung für KI-Nutzung

[07.04.2025] Die Stadt Kiel will Künstliche Intelligenz künftig gezielt in der Verwaltung einsetzen. Eine neue Dienstvereinbarung regelt, wie das geschehen soll – und wie nicht. Der Weg zur Einigung war ungewöhnlich schnell.

Die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel hat den Grundstein für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung gelegt. Vergangene Woche unterzeichneten Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Marion Völkel, eine Dienstvereinbarung zur verantwortungsvollen Nutzung von KI in der Stadtverwaltung. Das teilte Jonas Dagefoerde, Chief Digital Officer der Stadt, in einem Beitrag auf LinkedIn mit.

Die Vereinbarung sei kurz gefasst und soll den Umgang mit KI in der Verwaltung klar regeln. Laut Dagefoerde war sie in zweifacher Hinsicht ein Novum: Zum einen durch ihre knappe Formulierung, zum anderen durch den ungewöhnlich schnellen Abstimmungsprozess. Innerhalb von nur acht Wochen seien sich Personalräte, Mitbestimmungsgremien, Datenschutzbeauftragte und IT-Sicherheitsverantwortliche einig geworden.

Mitarbeitende machen den KI-Pass

„KI ist eine große Chance für die Verbesserung von Arbeitsprozessen und die Vereinfachung von Aufgaben in der täglichen Verwaltungsarbeit“, schreibt Dagefoerde. Die Dienstvereinbarung regele, „wie wir KI einsetzen wollen – und wie nicht.“ Zukünftig können Mitarbeitende der Stadtverwaltung mit Künstlicher Intelligenz wie ChatGPT arbeiten – vorausgesetzt, sie absolvieren den so genannten KI-Pass. Dafür müssen sie unter anderem Informationen im Intranet lesen, eine Schulung besuchen, die Leitlinien für den Umgang mit KI und die Dienstvereinbarung zur Kenntnis nehmen sowie eine digitale Checkliste ausfüllen.

Kieler KI-Werkstatt

Im Sommer starte außerdem die „Kieler KI-Werkstatt“. In einem Pilotprojekt sollen dort verschiedene Werkzeuge wie CoWorker oder RAG getestet werden. Diese Werkzeuge basieren auf Open-Source-Sprachmodellen und laufen auf lokalen Servern im städtischen Rechenzentrum. Damit könnten künftig auch vertrauliche oder personenbezogene Daten verarbeitet werden. Die Werkstatt werde in das Integrations- und Automatisierungs-Ökosystem (IAOS) der Stadt eingebunden. Laut Dagefoerde könnten so KI-Anwendungen direkt mit bestehenden Automatisierungen verknüpft werden.

Grundlage für den KI-Einsatz in der Verwaltung ist der neue EU AI Act. Für Anwendungen mit geringem Risiko habe Kiel zentrale Voraussetzungen geschaffen. Systeme mit höherem Risiko sollen im Einzelfall geprüft werden.

(al)

Stichwörter: Künstliche Intelligenz, Dienstevereinbarung, Kiel